



NEWSLETTER 12/2023

FORUM | MIGRATION



Schneller in Arbeit

Mit Gesetzesänderungen und einem „Jobturbo“ will die Ampel die „Integrationsverläufe für Geflüchtete beschleunigen“.

Kurz vor dem Bund-Länder-Gipfel Anfang November beschloss die Regierung Erleichterungen bei der Jobaufnahme für Geflüchtete. Asylbewerber_innen in Erstaufnahmeeinrichtungen sollen künftig bereits nach sechs statt bisher nach neun Monaten arbeiten dürfen. Die Duldung für abgelehnte Asylbewerber_innen in Beschäftigung oder Ausbildung soll nun auch Menschen erteilt werden können, die bis zum 31.12.2022 nach Deutschland gekommen sind. Bisher war der Stichtag für die Einreise der 31.08.2018. Drittens sollen Ausländerbehörden ihre Zustimmung zur Beschäftigung von geduldeten Ausländern künftig im Regelfall erteilen. Bisher ist dies nur eine Kann-Bestimmung, die im Ermessen der Behörde liegt. „Arbeit und Integration bedingen sich gegenseitig“, sagte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Er kündigte einen „Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration“ an. Das Maßnahmenpaket sieht vor, dass Geflüchtete, die bereits in der Zuständigkeit der Jobcenter sind, nach dem Abschluss des Integrationskurses von den Jobcentern regelmäßig eingeladen und beraten werden. Jobcenter und Agenturen für Arbeit sollen branchenspezifische

„Matching-Aktionen“ mit der Wirtschaft und Bildungspartnern organisieren um Absolvent_innen der Integrationskurse und Arbeitgeber zusammenzubringen. Heil will Unternehmen aufrufen, Geflüchtete verstärkt auch ohne gute Deutschkenntnisse (unterhalb des Sprachniveaus B2), zu beschäftigen und berufsbegleitend weiter zu qualifizieren. Dazu sollen sie Förderung erhalten. Große Unternehmen, Zeitarbeit und Branchenverbände sollen eine entsprechende Selbstverpflichtung eingehen. Heil ernannte Arbeitsagentur-Vorstand Daniel Terzenbach als Sonderbeauftragten für den „Job-Turbo“. Die IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner erwartet durch eine bessere Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt auch eine positivere Einstellung in der Bevölkerung zu deren Aufnahme in Deutschland. „Damit hätten wir auch eine stärkere gesellschaftliche Akzeptanz und eine bessere gesellschaftliche Integration von Geflüchteten.“ Hemmnisse wie die Anerkennung von Abschlüssen oder auch der lange Prozess bis zur Arbeitslaubnis müssten schneller abgebaut werden, forderte Benner. Dafür werde sich auch die IG Metall einsetzen. Der DGB nannte Heils Vorstoß „wichtig“. Es dürfe nicht passieren, „dass Menschen in schlechten Jobs mit niedriger Bezahlung und ohne sozialen Schutz landen“, sagte Vorstandsmitglied Anja Piel (siehe Seite 4).

INHALT 12/2023

Schneller in Arbeit	1
Flüchtlingsaufnahme für zwei von drei Kommunen noch „machbar“	2
Deutsche Asylverfahren im Ausland?	2
Häufiger von der Polizei kontrolliert	2
News + Termine	3
Gewerkschaftlicher Kompass in der Einwanderungsgesellschaft – Kommentar von Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB	4



Flüchtlingsaufnahme für zwei von drei Kommunen noch „machbar“

Kommunen seien „nicht nur an einer Belastungsgrenze, sie sind schon darüber hinaus“, sagte der brandenburgische Regierungschef Woidke. „Die kommunale Integrationsgrenze ist erreicht“, meinte der niedersächsische CDU-Fraktionschef Sebastian Lechner. Mit solchen Statements wurde Druck auf die Ampel aufgebaut, um mit immer neuen Maßnahmen die Zahl ankommender Asylsuchender zu drücken. Doch Daten, wie stark die Belastung der Städte tatsächlich ist, gab es wenige. Die Universität Hildesheim hat nun Kommunen befragt.

Von Gemeinden wie Upahl war zuletzt viel zu lesen. In dem 500-Einwohner-Dorf im Landkreis Nordwestmecklenburg sollte eine Geflüchteten-Unterkunft mit 400 Plätzen entstehen. Nach zum Teil heftigen Protesten sollen es nun maximal 250 Plätze werden. Verhältnisse wie in Upahl sind jedoch die große Ausnahme, die nur auftreten, wenn Landkreise eine zentrale Unterkunft errichten.

Klar aber ist: Die Ankunfts zahlen Asylsuchender sind in diesem Jahr so hoch wie seit 2016 nicht mehr. Und bereits im vergangenen Jahr mussten die Kommunen rund eine Million geflüchteter Ukrainer_innen versorgen. Obwohl zwischen zwei Drittel und drei Viertel von ihnen privat untergekommen sind, bleiben etwa 300.000 Personen, für die die Kommunen Unterkünfte bereitstellen mussten.

Wie stark belastet die Gemeinden diese Lage genau? Die Universität Hildesheim und der Mediendienst Integration haben bei Kommunen nachgefragt, und mehr als 600 Antworten erhalten.

Demnach beschrieben knapp 60 Prozent der befragten Kommunen die Lage als „herausfordernd, aber (noch) machbar“. Bei den Großstädten sehen sich der Umfrage zufolge 30 Prozent als „überlastet, im Notfallmodus“. Bei den kleinen (bis 20.000 Einwohnende) und mittelgroßen Städten (bis 100.000 Einwohnende) sind es jeweils rund

37 Prozent. Über die Hälfte der Kommunen (55 Prozent) nutzte zum Umfragezeitpunkt im Oktober keine Notunterkünfte. Wenn Notunterkünfte eingesetzt werden, handelt es sich vor allem um Container. Sporthallen werden nur in 6 Prozent aller Kommunen belegt.

Insgesamt werden Container und andere Notunterbringungen in kleineren Städten und Gemeinden deutlich seltener genutzt als in größeren Städten oder von Landkreisen. Auch dauerhafte Sammelunterkünfte und Modulbauten werden in Kommunen bis 20.000 Einwohnenden seltener genutzt. Vielerorts scheine es „nach wie vor zu gelingen, Geflüchtete in eigenen oder angemieteten Wohnungen unterzubringen“, so der Mediendienst. Rund 90 Prozent der kleineren Kommunen geben an, dass sie Geflüchtete in angemieteten Wohnungen unterbringen. Bei größeren Städten und Landkreisen ist das in etwa 80 Prozent der Fall.

Deutsche Asylverfahren im Ausland?

Die Bund-Länder-Konferenz hat die Bundesregierung beauftragt zu klären, ob und wie Asylverfahren in Drittstaaten möglich wären. Schon im Ampel-Koalitionsvertrag war von „Ausnahmefällen“ die Rede. Doch nach dem Deal zwischen Italien und Albanien ist das Thema auch in Deutschland angekommen. Wo liegen die Probleme?

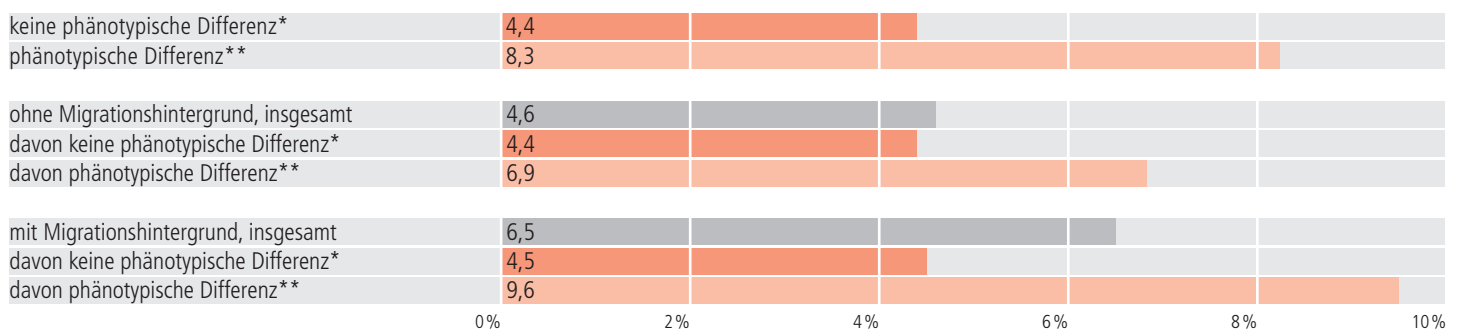
Eine Gruppe von SPD-Abgeordneten präsentiert im November ein Konzept für „Migrations-

Zentren“ in sicheren Drittstaaten. Die sollen im Gegenzug Geld und Visa-Erleichterungen für die eigenen Staatsbürger_innen bekommen. Der UNHCR, die EU und der Drittstaat sollen die Zentren gemeinsam betreiben. Schutzsuchende sollen dort von sich aus vorstellig werden und Asylanträge stellen können. Niemand dürfe in den Zentren gegen seinen Willen festgehalten werden, heißt es im SPD-„Impulspapier“. Gleichzeitig sollen Menschen, die irregulär in die EU eingereist sind, dorthin gebracht werden

und den Ausgang ihres Asylverfahrens abwarten. Der Jura-Professor Maximilian Pichl sieht indes große Hürden. Bei dem jüngsten Deal von Albanien und Italien sei beispielsweise völlig unklar, wie die Insassen der neuen Lager in Albanien Zugang zu italienischen Gerichten erhalten. Dass die faktische Haft im Lager in Albanien mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar sei, bezweifelt er. Zudem sehe das EU-Recht Verfahren außerhalb des EU-Territoriums gar nicht vor.

Häufiger von der Polizei kontrolliert

Menschen mit scheinbar ausländischem Aussehen werden häufiger von der Polizei kontrolliert. (in Prozent)



* Keine phänotypische Differenz: Personen ohne äußerliche Merkmale, die als ‚fremd‘ wahrgenommen werden.

** Phänotypische Differenz: Personen, die angeben, aufgrund ihrer Kleidung oder ihres Körpers als ausländisch wahrgenommen zu werden.



News + Termine

In eigener Sache: Newsletter wird eingestellt

Über zwanzig Jahre ist der Newsletter Forum Migration beim DGB Bildungswerk erschienen. Wir haben regelmäßig aus gewerkschaftlicher Sicht über Migration berichtet und verschiedene Entwicklungen kritisch begleitet.

Mit dieser Ausgabe erscheint das Forum Migration zum letzten Mal. Dennoch ist und bleibt Migration ein wichtiges Thema in den Gewerkschaften und dem DGB. Wir werden auch in Zukunft Migration konstruktiv begleiten, daraus resultierenden Ungleichbehandlungen entgegenzutreten und Ängsten begegnen.

Gräfenhausen-Fahrer schließlich Geld erhalten

Über Monate hatten dutzende Lkw-Fahrer an der A5-Raststätte Gräfenhausen für die Auszahlung ausstehender Löhne gestreikt (siehe Forum Migration 09/2023). Anfang Oktober beendeten die usbekischen und georgischen Fahrer ihren Streik. Es sei eine Vereinbarung erzielt worden, sagte der niederländische Gewerkschafter Edwin Atema. Er war von den Fahrern zum Verhandlungsführer bestimmt worden. Der polnische Speditionsunternehmer habe schriftlich zugesichert, dass er seine Ansprüche gegen die Fahrer zurücknehme. Außerdem sicherte er zu, auch künftig keine Ansprüche in Deutschland oder in anderen Ländern gegen die Fahrer zu erheben. Die rund 80 Männer hatten von ihrem Auftraggeber ausstehenden Lohn in einer Gesamthöhe von mehr als einer halben Million Euro gefordert.

GEW legt 15 Punkte-Plan gegen Lehrermangel vor

Bundesweit fehlen Lehrerinnen und Lehrer. Die GEW hat 15 Vorschläge formuliert, wie dieser Mangel bekämpft werden kann. Unter anderem fordert sie, die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse von Lehrkräften zu erleichtern. Spracherwerb und gegebenenfalls erforderliche Weiterqualifizierung dieser Lehrkräfte sollen berufs begleitend laufen und durch ausreichende Stundenermäßigung abgesichert werden. Wenn Lehrkräfte nur ein Unterrichtsfach haben – im Ausland ist das der Regelfall – dürfe das kein Ausschlusskriterium für eine berufsbegleitende Weiterbildung sein, so die GEW. Zudem müssten Schulen „multiprofessioneller“ aufgestellt werden, vor allem mit Blick auf Inklusion und die Integration Geflüchteter: Sozialpädagog_innen und -arbeiter_innen, Erzieher_innen, Psycholog_innen, Heilerziehungspfleger_innen, Therapeut_innen, Kunstlerzieher_innen, Musikpädagog_innen, Dol-

metscher_innen und herkunftssprachliche Lehrkräfte sowie Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache sollten dazu in Teams zusammenarbeiten. So können Aufgaben und Arbeit den unterschiedlichen Qualifikationen entsprechend besser verteilt werden, so die GEW.

<https://tinyurl.com/35ijvafa>

DGB und ver.di wollen Sozialmaut für LKW-Fahrer

DGB und ver.di fordern, das geplante Mautgesetz so anzupassen, dass Speditionsfirmen mindestens 1 Cent je gefahrenem Kilometer abgeben müssen, um die oftmals prekären Arbeits- und Sozialbedingungen der LKW-Fahrende zu verbessern. „Solange die Gesetze immer wieder Lücken für unsägliche Dumping-Geschäftsmodelle von Speditionsunternehmen lassen, ist unmittelbare Hilfe gefragt“, sagt DGB Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Die Infrastruktur auf und an den Raststätten müsse ausgebaut und für die Fahrenden kostenlos nutzbar sein – etwa kostenlose Trinkwasserversorgung, die Nutzung von Toiletten, Duschen und beheizten Aufenthaltsräumen. „Auch die Versorgung bei medizinischen Notlagen sowie Sozialarbeit auf Rastplätzen und Autohöfen muss kostenlos zur Verfügung stehen. Speisen und Getränke müssen bezahlbar sein.“ Andrea Kocsis vom ver.di-Vorstand wies darauf hin, dass viele LKW-Fahrende, vor allem aus dem Ausland, oft monatelang in Europa unterwegs sind und faktisch in ihren LKWs leben. „Trotz jahrelanger Bemühungen im europäischen Parlament ist es nicht gelungen, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen durch neue Regeln im Mobilitätspaket der EU grundlegend zu verbessern“, so Kocsis.

<https://tinyurl.com/4w24zd8e>

Lieferketten: IG Metall und Entwicklungs-NGOs machen Druck auf Politik und Wirtschaft

Die IG Metall hat mit „Brot für die Welt“, dem BUND und MISEREOR größere politische Anstrengungen für die weltweite Durchsetzung von Menschenrechten und guten Arbeitsbedingungen gefordert. In einer gemeinsamen Erklärung zum geplanten EU-Lieferkettengesetz heißt es: „Unternehmerische Sorgfaltspflichten dürfen nicht dem guten Willen von Unternehmer_innen überlassen werden, sie gehören auf eine gesetzlich verpflichtende Grundlage gestellt.“ Der Entwurf der EU für das Lieferkettengesetz müsse dringend nachgebessert werden, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung wirksam aus den Wertschöpfungsketten von Unternehmen zu verbannen. Darüber hinaus erwarten die Unterzeichnenden von

der Bundesregierung eine klare und aktive Unterstützung für die Verhandlungen zu einem internationalen Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten im Rahmen des UN-Menschenrechtsrats.

<https://tinyurl.com/4hwtswem>

Gewerkschaften gegen Antisemitismus

Nach der islamistischen Terrorattacke der Hamas vom 7. Oktober haben sich Gewerkschafter_innen vielfach an Aktionen gegen Antisemitismus beteiligt.

In einer Erklärung zum 9. November des DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften heißt es: „Wir werden unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht allein lassen, wenn sie antisemitisch bedroht werden. Wir stehen an ihrer Seite. Sie können auf uns zählen. Nie wieder ist jetzt!“

In Halle erinnerte die IG Metall an den Anschlag auf die dortige Synagoge am 9. Oktober 2019. „Der Anschlag in Halle war ein direkter Angriff auf die Grundwerte unserer Gesellschaft – auf Toleranz, Vielfalt und das friedliche Zusammenleben“, sagte IG Metall-Bezirksleiter Thorsten Gröger. „Es ist unsere moralische und gesellschaftliche Pflicht, uns aktiv und entschlossen gegen solche menschenfeindlichen Taten zu stellen und für ein solidarisches Miteinander einzutreten.“

In Braunschweig rief die IG Metall am 7. November zur Kundgebung „Solidarität mit Israel“ auf. „Wir sind angesichts der antisemitischen Terroranschläge vom 7. Oktober 2023 und der anhaltenden Gräueltaten der Hamas schockiert, fassungslos, wütend und traurig“, heißt es im Aufruf. „Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen, ihren Angehörigen und Freund_innen, aber auch allen Jüdinnen und Juden weltweit, die durch antisemitischen Terror tagtäglich bedroht werden.“

<https://tinyurl.com/6tnf2dav>

Deutschland eröffnet „Zentrum für Arbeitsmobilität“ in Jordanien

Entwicklungsministerin Svenja Schulze und die jordanische Arbeitsministerin Nadia Abdel Ra'ouf Rawabdeh haben Anfang November das „Deutsch-Jordanische Zentrum für Arbeitsmobilität“ auf den Weg gebracht. Bei der Anlaufstelle in der Hauptstadt Amman sollen Interessierte zu Möglichkeiten einer Arbeitsmigration nach Deutschland beraten werden. Es ist Teil einer so genannten „Leuchtturinitiative“ des BMZ, um faire Fachkräfte-Migration voranzubringen. Schon heute fördert Deutschland Berufsausbildung vor Ort, künftig soll auch die Arbeitsmigration unterstützt werden. Ein Fokus liegt dabei auf Handwerksberufen.

<https://tinyurl.com/4ak3y8mx>



Gewerkschaftlicher Kompass in der Einwanderungsgesellschaft



Foto: Anja Piel: © DGB/Joanna Kosowska

Kommentar von Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB

Deutschland ist ein Einwanderungsland, aber die Konsequenz dieser ebenso banalen wie wahren Aussage haben bis heute nicht alle begriffen. Zwischen Anwerbung von Fachkräften und Abgrenzung von Geflüchteten schwankt das Land heute hin und her. Von außen betrachtet wirkt die Situation zutiefst widersprüchlich: 300.000 bis 400.000 ausländische Fachkräfte braucht der Arbeitsmarkt – und zwar Jahr für Jahr, so lautet die nahezu einhellige Aussage von Wirtschaft und Politik. Gleichzeitig gelten die bis zum Jahresende prognostizierten 300.000 Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, aber als Katastrophe. Abschreckung und Absenkung humanitärer Standards sollen Zuwanderung begrenzen. Und diese negative Botschaft kommt natürlich auch bei denen an, die so dringend gebraucht werden.

Eine zielorientierte, konstruktive und an den Möglichkeiten von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ausgerichtete Politik sieht anders aus. Statt der schrillen Töne der letzten Wochen, die letztlich nur auf das Konto der AfD einzahlen, braucht es konkrete Schritte, die auf der Auswertung der Erfahrungen der letzten Jahre fußen. Und nachdem auch Gewerkschaften Zeit gebraucht haben, um sich den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft zu stellen, haben sie diese aber bis heute zu einem wichtigen Punkt ihrer Politik gemacht.

Im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte wird Deutschland nicht bestehen, wenn es sich bewusst unattraktiv macht und einer gesellschaftspolitischen Stimmung nachgibt, die vor allem von der extremen Rechten befeuert wird. Die Unterscheidung zwischen

erwünschten Fachkräften und unerwünschten Asylsuchenden funktioniert auch deshalb nicht, weil Menschen, die in Deutschland arbeiten wollen, sich nicht als willkommen, sondern allenfalls als geduldet erleben. Die negativen Auswirkungen für Wohlstand und Wirtschaftskraft werden Deutschland weiter belasten, wenn sich die gesuchten Arbeitskräfte eher für Länder entscheiden, in denen sie sich sprachlich schneller zurechtfinden, von einer gut ausgestatteten Verwaltung begleitet werden und sich in der Mehrheitsgesellschaft willkommen fühlen.

Arbeit kann ein Schlüssel für Integration und gesellschaftliche Akzeptanz sein. Aber als Gewerkschaften sagen wir ganz klar: Es kann nicht um egal welche, sondern es muss um gute Arbeit gehen. Insofern weist der „Jobturbo für Geflüchtete“ in die richtige Richtung, muss jedoch an klare Bedingungen gebunden sein. Menschen müssen entlang ihrer Qualifikation beschäftigt werden und die Möglichkeit haben, sich weiter zu qualifizieren. Die so häufig beklagte Arbeitskräftelücke hat auch strukturelle Gründe. Es gibt immer noch zu viele schlecht bezahlte, prekäre und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, auf die Menschen sich in Zeiten des Arbeitskräftemangels nicht mehr einlassen müssen. Keinesfalls dürfen Zugewanderte dafür herhalten, solche strukturellen Probleme zu überdecken, in dem sie in genau diese schlechten Jobs gedrängt werden.

Spurwechsel und Chancenaufenthaltsrecht sind Möglichkeiten, die in Teilen künstliche Trennung von Geflüchteten und Arbeitsmigrant_innen zu überwinden. Wäre es nicht sinnvoller, mehr von den bereits hier lebenden Menschen zu qualifizieren, anstatt quer durch die Welt zu reisen, um anderen Ländern einige Hundert Krankenschwestern abzuwerben? Wenn Gewerkschaften

mahnen, in der ganzen Debatte um Arbeitskräftezuwanderung nicht die Qualifizierung der hier lebenden Menschen zu vergessen, dann geht es immer um alle hier lebenden Menschen und damit eben auch um die Geflüchteten.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, eine tariflich geregelte auskömmliche Bezahlung und sichere Arbeitsplätze sind gewerkschaftliche Mindestbedingungen. Dass sich die Realität der Einwanderungsgesellschaft nicht immer an diesen Anforderungen orientiert, ist uns klar, und auch, dass es objektiv sehr unterschiedliche Interessen gibt. So kommen etwa über die Westbalkanregelung Menschen nach Deutschland, die für die kurze Dauer ihres Einsatzes häufig Gefahr laufen, in prekären, befristeten und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zu landen. Für diese Kolleginnen und Kollegen ist eine schlechte Arbeit in Deutschland häufig immer noch besser als die Möglichkeiten im Herkunftsland. Aus gewerkschaftlicher Erfahrung wissen wir um die Gefahr, dass Standards guter Arbeit und tarifliche Regelungen auf diesem Weg ausgehebelt werden und dass solche Ausbeutung letztlich negative Folgen für uns alle hat. In solchen Widersprüchlichkeiten können sich Gewerkschaften aber bewegen, weil sie dank jahrzehntelanger Erfahrungen über einen klaren Kompass in der Einwanderungsgesellschaft verfügen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Michaela Dälken
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Vierteljährlich

DGB Bildungswerk e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

